

Protokoll des Landesjugendhilfeausschusses vom 25.04.2024

Vorsitz: Dariush Hassanpour
 Ort: Kwadrat Werkstatt Bremen
 Zeit: 15.00 Uhr bis 17:25
 Protokoll: Nicole Weiß und Melisa Marx

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

Mitglied	<input type="checkbox"/>	Stellv. Mitglied	<input type="checkbox"/>
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Dertwinkel, Sina	<input checked="" type="checkbox"/>	Erdemir, Mevlut	<input type="checkbox"/>
Averwenser, Yvonne	<input checked="" type="checkbox"/>	Schmull, Sandra	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input checked="" type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Aytas, Recai	<input checked="" type="checkbox"/>	Tepe, Nurtekin	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Stephan-Titze, Julia	<input type="checkbox"/>
Dr. Tell, Franziska	<input checked="" type="checkbox"/>	Schaefer, Maike	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Humpich, Ole	<input checked="" type="checkbox"/>	Voigt, Fynn	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>	Dahnken, Sara	<input type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input checked="" type="checkbox"/>
Ülsmann, Maria	<input type="checkbox"/>	Büsker, Thorsten	<input type="checkbox"/>
Maasberg, Jessica	<input checked="" type="checkbox"/>	Mirassol, Marcelo	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Himmelskamp, Laura	<input type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input checked="" type="checkbox"/>

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.01.2024

Das Protokoll der Sitzung vom 19.01.2024 wird genehmigt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: -

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Zustimmung: 17

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 3

Vorstellung des Jahresberichts 2023 der Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen (BeBeE)

Christine Krohne stellt anhand einer Präsentation den Bericht vor. Diese wird dem Protokoll angehängt.

Das Gremium bedankt sich für die Präsentation. Christine Krohne verabschiedet sich als Koordination des BeBeE.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Sahhanim Görgü-Philipp, Rolf Diener

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellung des Jahresberichts 2023 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4

Die Erziehungsberatungsstellen im Land Bremen stellen sich vor

Herbert Junk und Thorsten Buchholz führen anhand einer Präsentation in die Arbeit der Erziehungsberatungsstellen ein. Zudem weisen sie auf die von der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung organisierte und in diesem Jahr in Bremen stattfindende Wissenschaftliche Jahrestagung mit dem Thema „Ohnmacht? Ermutigung!“ hin.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Sahhanim Görgü-Philipp, Sandra Harjes, Felix Seidel

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Erziehungsberatungsstellen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5

Anpassung der Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und in der Stadtgemeinde Bremen

Christiane Schrader führt in die Vorlage ein.

Nikolai Goldschmidt merkt unter 1.4. an, dass in der Stadt Bremen nur Kinder und Jugendliche aus Bremen gefördert werden, dies wird in Bremerhaven anders gehandhabt und entspräche nicht der Lebensrealität der jungen Menschen. Nikolai Goldschmidt bittet hier erneut um Änderung. Christiane Schrader bedankt sich für die Anmerkung und macht noch einmal deutlich, dass es sich bei der Vorlage um einen ersten Aufschlag handelt und nicht die grundsätzliche und stetige Überarbeitung ersetzt.

Hetav Tek ergänzt, dass in der Synopse vom letzten Jahr unter 1.4 bereits eine Änderung angedacht war. Christiane Schrader erwidert, dass die angedachte Umsetzung nicht möglich war und sie aktuell keine zeitliche Perspektive nennen kann.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Nikolai Goldschmidt, Hetav Tek, Christiane Schrader

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt den geänderten Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen zu.

Zustimmung: 18

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der Haushalte 2024/25

Rolf Diener führt in die Vorlage des Landeshaushalts ein.

Nikolai Goldschmidt merkt an, dass die Auswirkungen auf die einzelnen Produktgruppen nach wie vor unklar sind, da in den Entwürfen in verschiedenen Bereichen die Anschläge aus 2023 fortgeschrieben werden. Grundsätzlich wird jedoch von einer pauschalen Erhöhung von bis zu 7 Prozent gesprochen. Herr Diener weist noch einmal darauf hin, dass der Gegenstand der heutigen Debatte der Landeshaushalt ist und dass die Vorlage auf den Eckwerten basiert und darauf aufbauend der Vorschlag für die Verteilung der

Priorisierungsmittel beschrieben ist. Die weiteren Entscheidungen liegen nun beim Haushaltsgesetzgeber.

Katharina Kähler bestätigt, dass die Bedeutung der Arbeit der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Haushaltsberatungen durch die politischen Vertretungen in den Fokus gestellt werden.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Nikolai Goldschmidt, Christiane Schrader, Katharina Kähler, Rolf Diener

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Beschluss der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 08.02.2024 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7

Bericht zum Stand der Versorgung, Betreuung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer (umA) im Land Bremen

Udo Casper führt in die Vorlage ein.

Das Gremium bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Auf Anregung von Gerd Ziegler nimmt Udo Casper für eine der nächsten Sitzungen des JHA mit, in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Bremen über die psychosoziale Situation geflüchteter junger Menschen in Bremen zu berichten.

Marlene Janssen führt in die nachversandte Stellungnahme ein.

Rolf Diener gibt zur Kenntnis, dass der Barbetrag bereits angepasst wurde und dieser entsprechend an die Betroffenen ausgezahlt werde, ohne dass die Betroffenen einen zusätzlichen Antrag stellen müssen. Dieser Prozess wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen, da dies einen hohen Verwaltungsaufwand nach sich zieht.

Weiter weist Rolf Diener daraufhin, dass die Jugendhilfe sowie die anderen für die Integration der unbegleiteten Minderjährigen Ausländer:innen wichtigen Bereiche in der Stadtgemeinde Bremen wie Bildung und Gesundheit nicht in der Lage sind, alle ankommenden geflüchteten jungen Menschen adäquat zu versorgen, so dass die Umverteilung grundsätzlich dazu beiträgt, für die jungen Menschen, die in Bremen verbleiben, adäquate Jugendhilfe und Integrationsmöglichkeiten anzubieten. Seit mehreren Jahren gab es keine Umverteilung unter Anwendung von unmittelbarem Zwang. Dies gelingt nur in enger Zusammenarbeit mit den freien Trägern, die hier auch aufgrund der starken Aufklärungs- und Motivationsarbeit zu diesem als positiv zu bewertenden Aspekt beitragen, bei denen sich Rolf Diener an dieser Stelle auch noch einmal bedanken möchte. Gleichzeitig appelliert er daran, diesen Erfolg nicht durch Positionen gegen die Umverteilung zu gefährden sowie gemeinsam einen guten Rahmen schaffen, die in Bremen verbleibenden jungen Menschen zu betreuen und bedankt sich hierbei auch beim Gesundheits- und Bildungssystem für die gute Zusammenarbeit.

Auf Nachfrage erläutert Udo Casper noch einmal ausführlich das Verfahren zur Umverteilung, in denen an allen Punkten das Kindeswohl an erster Stelle steht und der junge Mensch auch immer wieder umfassend beraten wird. Wird im weiteren Verfahren festgestellt, dass die Zwangsandrohung bzw. -anwendung das Kindeswohl zu gefährden

droht, wird das Androhungsverfahren bzw. die Umverteilung unter Anwendung von Zwang abgebrochen.

Eine Vertretung von Fluchtraum trägt vor, dass allein die Existenz der Anweisung, dass Hand- und Fußfesseln genutzt werden können oder die Präsenz der Polizei retraumatisierend und einschüchternd wirken könnten. Herr Casper erläutert, dass die Verwaltungsanweisung hier die Verfahren der Polizei der Transparenz halber beschrieben sind. Hand- und Fußfesseln sind das extremste Mittel der Polizei, um eine Eigen- und Fremdgefährdung zu verhindern. Des Weiteren macht er noch einmal deutlich, dass alle Verfahren in der Federführung des Jugendamtes liegen und an jeder Stelle von dieser Seite aus abgebrochen wird, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Des Weiteren stellt er noch einmal deutlich klar, dass das Jugendamt immer zunächst alle Mittel ausschöpft.

Nikolai Goldschmidt verweist an dieser Stelle auf den Artikel 19 der UN Kinderrechtskonvention, wogegen aus seiner Sicht auch bereits die Androhung verstößt.

Udo Casper wies darauf hin, dass staatliche Entscheidungen durchsetzbar sein müssen und erinnerte noch einmal an die Situation von 2020 bis 2022, in der keine Umverteilung stattfinden konnte, da das Jugendamt keine Möglichkeiten hatte, ihre Entscheidungen auch durchzusetzen. Diese Situation war für alle – insbesondere für die jungen Geflüchteten – nicht tragbar, da eine adäquate Versorgung in der Stadtgemeinde nicht möglich war.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Gerd Ziegler, Udo Casper, Gast von Fluchtraum, Nikolai Goldschmidt, Marlene Janssen, Rolf Diener

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 8

Entwicklungsplan „Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen

Rolf Diener führt in die Vorlage ein.

Auf Nachfrage erläutert Rolf Diener, dass keine Haushaltsmittel für explizite und neue Angebote zur Verfügung stehen. Der Entwicklungsplan ist aber als Aufforderung zu verstehen, dieses wichtige Thema in die bestehenden Angebote mit entsprechenden Schwerpunktsetzungen einzupflegen, wie es beispielsweise die Hochschulen in den Studiengängen oder das AFZ in den Qualifizierungsangeboten für den öffentlichen Träger vorbildhaft tun. Anne Dwertmann macht deutlich, dass es neben einer Haltungsfrage auch finanzielle Mittel benötigt und bittet die Verwaltung, sich dafür weiterhin einzusetzen.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass die Verfahrenslotsen in Bremerhaven bereits ihre Arbeit aufgenommen haben, während sich in Bremen diese noch im Besetzungsverfahren befinden.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Rolf Diener, Imke Sonnenberg, Anne Dwertmann

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Entwicklungsplan „Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen“ zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 9

Reform des § 15 BremKTG

Auf eine Einführung wird verzichtet.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt dem vorliegenden Entwurf der Senatorin für Kinder und Bildung für eine Reform des § 15 BremKTG zu.

Zustimmung: 18

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 10

Monitoringbericht 2023 im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes (KiQuTG)

Auf eine Einführung wird verzichtet.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss der Freien Hansestadt Bremen nimmt die beigefügte Senatsvorlage „Monitoringbericht 2023 zum Gute-KiTa-Gesetz (KiQuTG)“ vom 05.03.2024 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 11

Entwicklung einer zukunftsweisenden Finanzierungssystematik für die Jugendverbandsarbeit in dem Bundesland Bremen

René Bellinghausen und Nikolai Goldschmidt führen in die Vorlage ein.

Christiane Schrader merkt an, dass es keine willkürliche Förderung gegeben habe, sondern eine, die die Begrenztheit der Haushaltsmittel abbildet. Erstmals liegen Anträge in 2024 von Jugendverbänden vor, die nicht beschieden werden konnten, da die Haushaltsmittel ausgeschöpft sind. Hierzu muss ein Verfahren zum Umgang beschrieben werden, daran arbeitet das Referat aktuell. Das Ergebnis wird dem LJHA vorgestellt.

Grundsätzlich teilt Christiane Schrader die Ansicht, dass eine Fördersystematik gemeinsam mit den Verbänden erarbeitet werden soll.

Nikolai Goldschmidt betont, dass der angestoßene Arbeitsprozess zur Entwicklung von Förderkriterien positiv gesehen wird. Eine Systematik kann aber nur aufgebaut werden, wenn eine adäquate Fördersumme, die einen Aufwuchs bedeutet, hinterlegt ist.

Mehrere Jugendverbände machen als Gäste im Rahmen der Debatte darauf aufmerksam, dass die Prozesse langwierig sind und betonen, dass die Träger nicht in Konkurrenz zueinander auftreten möchten. Es bestehen große Unsicherheiten in Bezug auf das Verfahren der Antragstellungen insbesondere bei den bisher nicht geförderten Trägern. Es wird die Frage aufgeworfen, ob vorsorglich Anträge gestellt werden sollten. In der Vergangenheit sei es zu Ablehnungen gekommen, so dass davon abgesehen wurde.

Sahhanim Görgü-Philipp und Katharina Kähler stellen den Vorschlag zur Veränderung des Beschlusses vor, der bereits im Vorfeld den Jugendverbänden zur Verfügung gestellt wurden. Dem Änderungsantrag wird einstimmig stattgegeben und entsprechend abgestimmt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: René Bellinghausen, Hetav Tek, Christiane Schrader, Nikolai Goldschmidt, Sahhanim Görgü-Philipp, Katharina Kähler, Katrin Maier, Daniel Heinemann, Heukamp

Beschluss:

1. Der Landesjugendhilfeausschuss begrüßt den Vorschlag des Bremer Jugendrings für eine zukunftsfähige Fördersystematik der Jugendverbandsarbeit im Land Bremen.
2. Der Landesjugendhilfeausschuss richtet eine Unterarbeitsgruppe des Landesjugendhilfeausschusses („UAG Fördersystematik Jugendverbandsarbeit“) bestehend aus:
 - Landesjugendring Bremen (2 Personen),
 - Vertreter*innen aus den Jugendverbänden (2 Personen),
 - dem Stadtjugendring Bremerhaven (1 Person),
 - der Abteilung 2 der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (2 Personen) und
 - dem Amt für Jugend, Familie und Frauen (1 Person)
 - Bürgerschaftsfraktionen (2 Personen)ein.

Die UAG hat die Aufgabe, auf Grundlage des Vorschlages des BJR, eine Fördersystematik für die Jugendverbandslandschaft zu erarbeiten. Den Vorsitz der UAG übernimmt der Landesjugendring Bremen.
3. Der Landesjugendhilfeausschuss bittet die UAG Fördersystematik Jugendverbandsarbeit einen ersten Bericht über den Arbeitsstand und den weiteren Zeitplan bis spätestens Ende Dezember 2024 vorzulegen.
4. Der Landesjugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration die Fördersystematik nach einem entsprechenden Beschluss des LJHA in die Deputation für Soziales, Jugend und Integration rechtzeitig einzubringen, um die Haushaltsverhandlungen 2026/27 zu erreichen.
5. Der Landesjugendhilfeausschuss bittet die UAG Fördersystematik Jugendverbandsarbeit im Rahmen ihrer Arbeit zu prüfen, welche Ressourcen zur Umsetzung der durch sie erarbeiteten Systematik erforderlich sind.

Zustimmung: 18
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 12

Berichte der Verwaltung

-

Tagesordnungspunkt 13

Verschiedenes

Hetav Tek bittet darum, dass das Protokoll der heutigen Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses zeitnah versendet wird.

Auf Nachfrage wird bejaht, dass Berichtsbitten im LJHA eingereicht werden können.

Tagesordnungspunkt 14

Anregungen und Wünsche junger Menschen - aktuelles

Anne Dwertmann weist auf die Stellungnahme „Die Gesellschafter der Jugendbildungsstätte LidiceHaus und des ServiceBureaus Jugendinformation schlagen Alarm!“ hin und berichtet von den Konsequenzen, die dies für die Arbeit für des Lidice Haus hat. Die Stellungnahme ist dem Protokoll beigefügt.

Für das Protokoll:
Weiß/Marx

Anlagen:

zu TOP 3: Präsentation zur Vorstellung des Jahresberichts 2023 der Ombudstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen (BeBeE)

zu TOP 4: Präsentation der Erziehungsberatungsstellen im Land Bremen

zu TOP 14: Stellungnahme zu „Die Gesellschafter der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus und des ServiceBureaus Jugendinformation schlagen Alarm!“

Hinweis: Eine abschließende Genehmigung dieses Protokolls steht noch aus und wird im nächsten Landesjugendhilfeausschuss beschlossen.

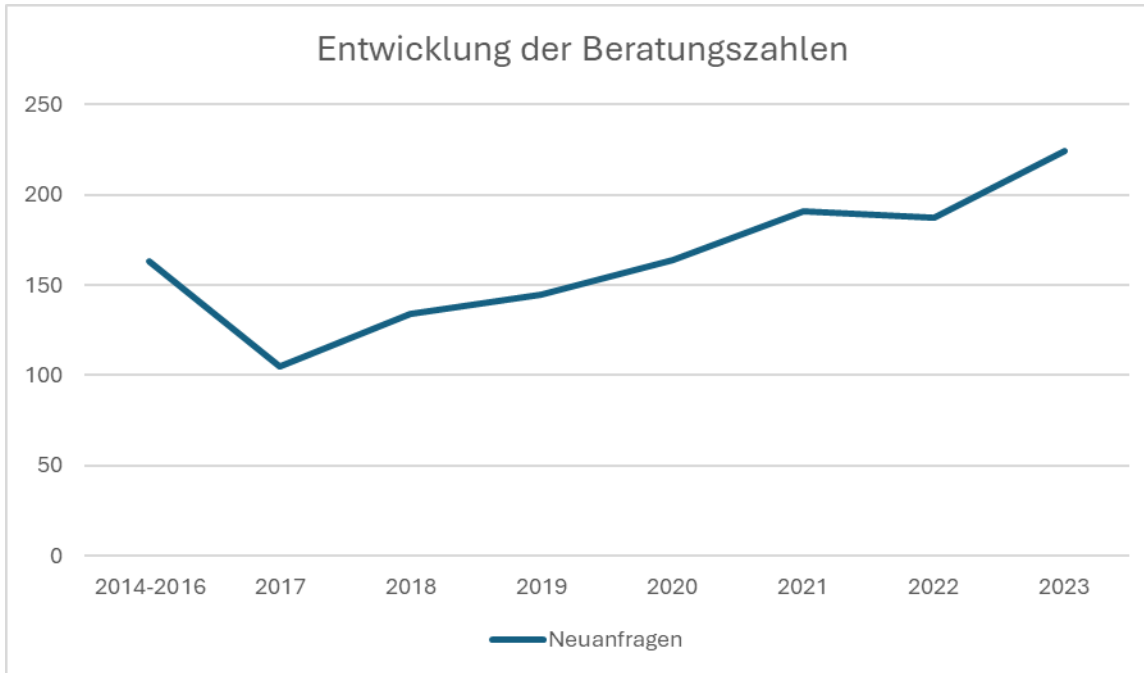


Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen



Die Senatorin für Arbeit, Soziales,
Jugend und Integration





2023:

Bremen 199

Bremerhaven 25



Hilfen zur Erziehung und Kindertageseinrichtungen:

Aufgabenerweiterung nach § 2 SGB VIII. Ein besonderer Fokus liegt auf den Bereichen der Hilfen zur Erziehung und der Kindertageseinrichtungen im Rahmen einer Verweisberatung.

Zwei Standorte im Land Bremen:

Seit April 2023 ist die Ombudsstelle für Bremen und Bremerhaven zuständig. In Bremerhaven an einem weiteren Standort mit Beratungsräumen.

Social Media:

Seit Juni 2023 ist das BeBeE in den sozialen Medien bei Instagram vertreten.

Chatfunktion auf der Website:

Das BeBeE ist über eine Chatfunktion auf der Webseite erreichbar.

Externe Beschwerdemöglichkeit:

Die Ombudsstelle kann im Rahmen des § 45 Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII als eine externe Beschwerdemöglichkeit von den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe angegeben werden.



Gegenüber wem besteht das Anliegen/der Konflikt hauptsächlich?



Wie finden die Ratsuchenden das Angebot des BeBeE?



34% ÜBER FACHKRÄFTE
DER FREIEN TRÄGER DER
KINDER- UND JUGENDHILFE



12% ÜBER FACHKRÄFTE
ANDERER INSTITUTIONEN
WIE Z.B. SCHULE,
BERATUNGSSTELLEN



12% DURCH EIGENE
RECHERCHE IM INTERNET



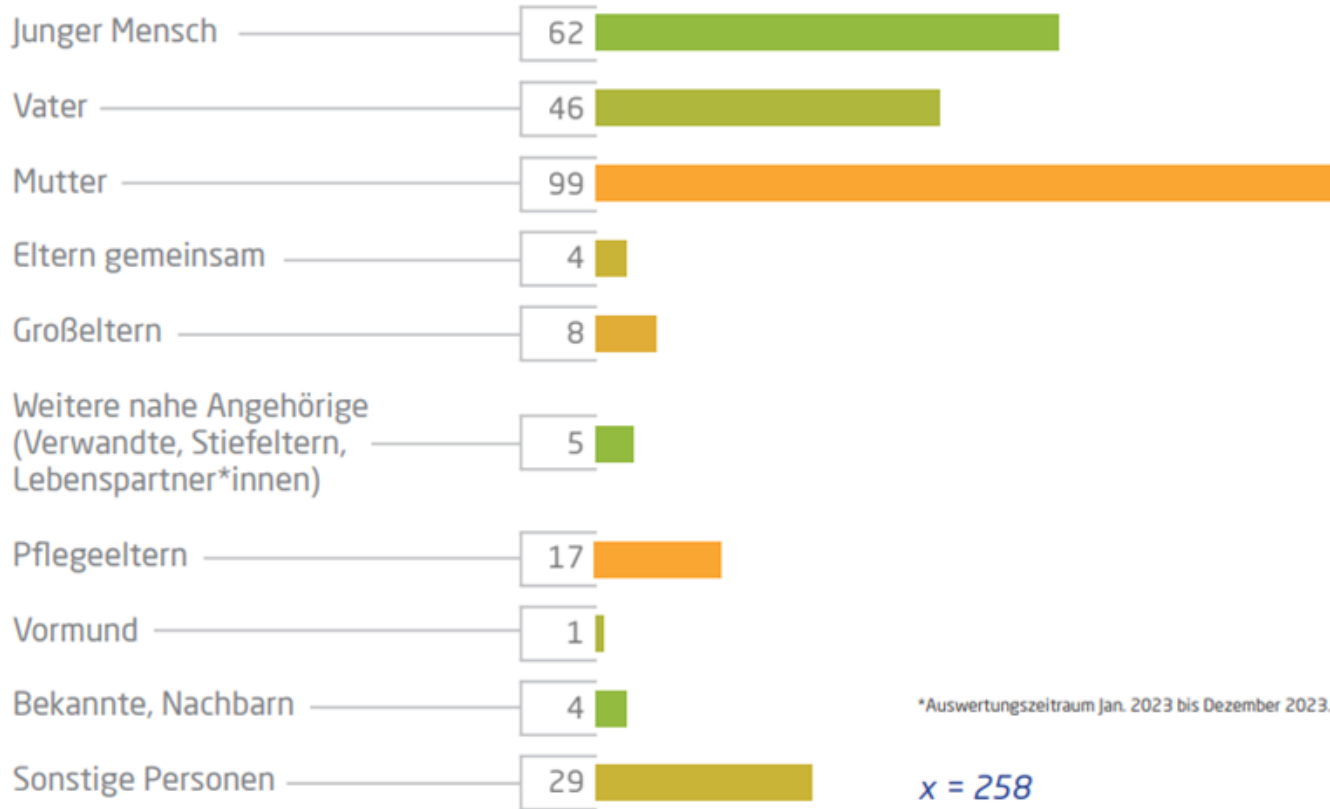
11% DURCH EINE
VORHERIGE BERATUNG IM
BEBEE



9% DURCH EINE
EMPFEHLUNG DURCH
BEKANNTE ODER FREUNDE

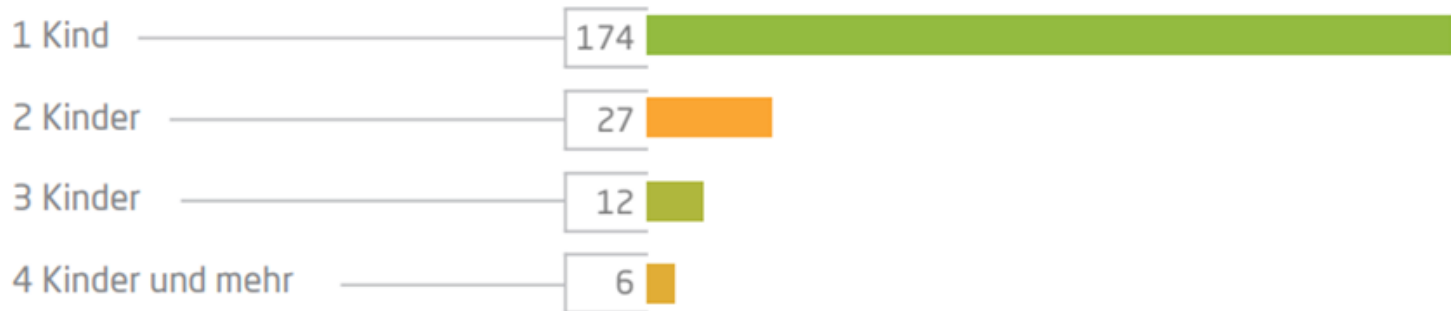


Wer wurde im Schwerpunkt beraten?



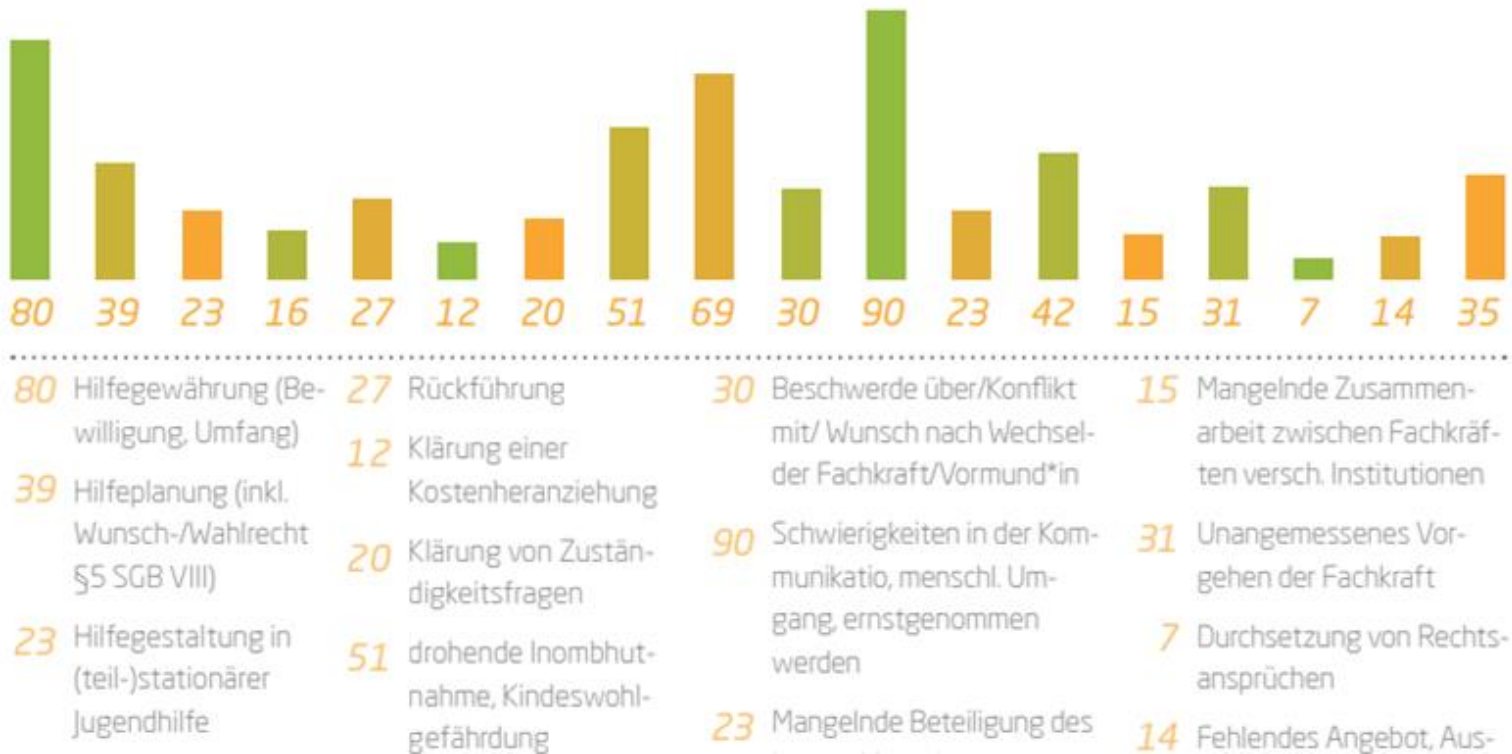


Wie viele Kinder/junge Menschen sind in den Beratungen betroffen?



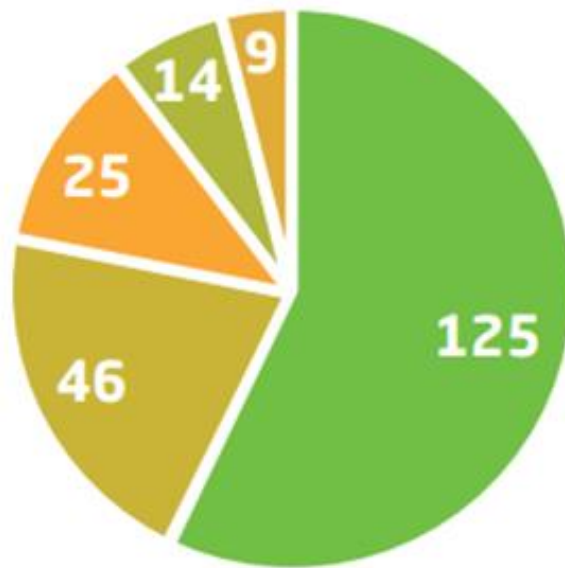


Was ist der Anlass für eine Kontaktaufnahme?





Zeitraum in der die Beratung stattgefunden hat



2023

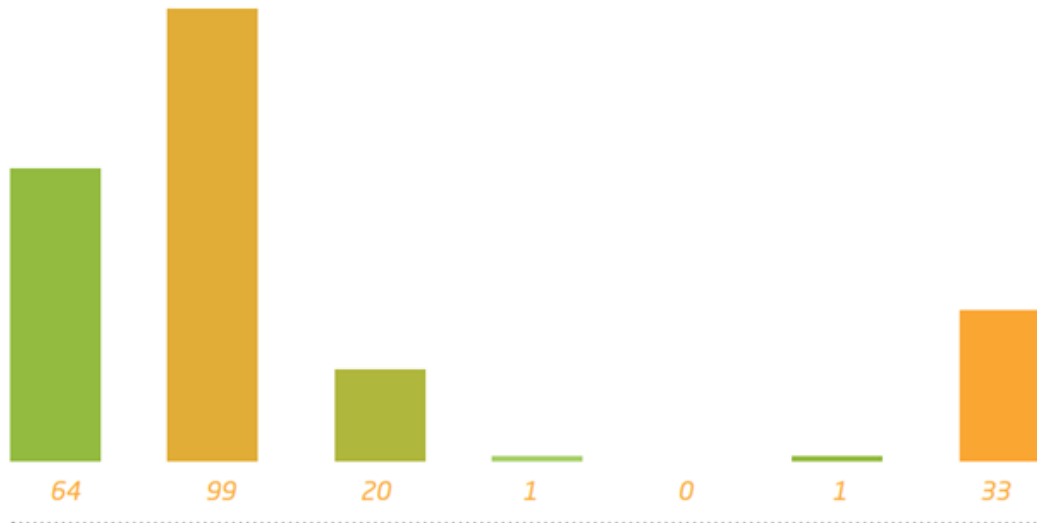
x = 219 Beratungsanfragen

- Innerhalb eines Monats
- Zwischen 1 und 3 Monaten
- Zwischen 3 und 6 Monaten
- Zwischen 6 und 12 Monaten
- Länger als ein Jahr



Wie wurde die Beratung beendet?

x = 171 (nur Beratungen, die in 2023 beendet wurden, ohne Lotsenfälle)



- 64 Gemeinsame Einigung den Fall als abgeschlossen zu beenden
- 99 Angebot, sich bei Bedarf erneut zu melden
- 20 Anwaltliche Weiterführung empfohlen
- 1 Durch das BeBeE beendete Anfragen
- 0 Expliziter Abbruch durch Ratsuchende/-n
- 1 Ratsuchende*r ist verstorben oder aus Zuständigkeitsbereich der Ombudstelle verzogen
- 33 Ratsuchende/-r hat sich nicht mehr gemeldet



BeBeE – Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen

Bremen

Rembertistraße 32

28203 Bremen

Tel.: (0421) 52 63 21-0

E-Mail: info@bebee-bremen.de

Bremerhaven

Lloydstraße 35

27568 Bremerhaven

Tel.: (0471) 900 86 80-0

E-Mail: info@bebee-bremerhaven.de

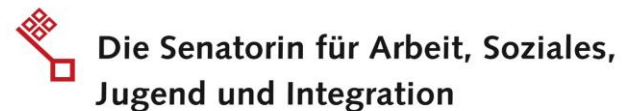
www.bebee-bremen.de

Instagram: [bebeebremen](https://www.instagram.com/bebeebremen)

In Trägerschaft:



Finanziert durch:



Erziehungsberatung im Lande Bremen

- Vorstellung auf dem Landesjugendhilfeausschuss am 25. April 2024 -

Herbert Junk, Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien Süd, Bremen

Thorsten Buchholz, Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien, Bremerhaven

Gesetzliche Grundlage:

§ 28 SGB VIII – Erziehungsberatungsstellen (...) sollen Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen.



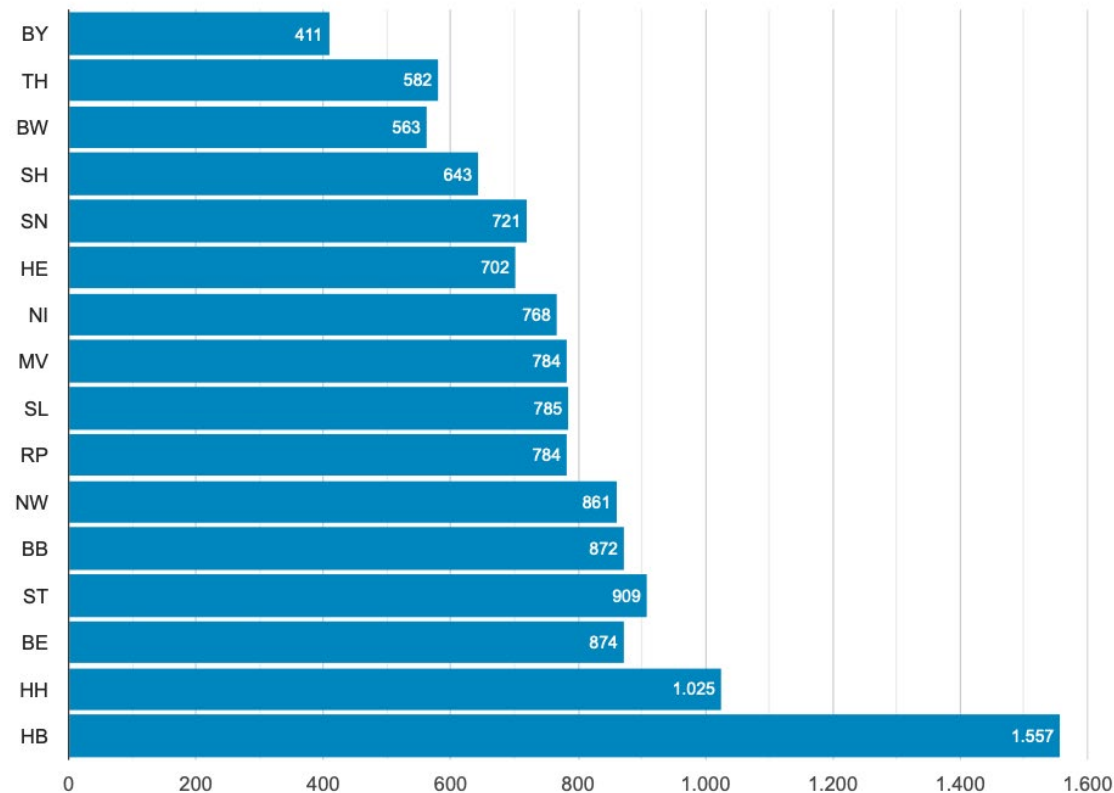
Merkmale:

- Niedrigschwelligkeit der Inanspruchnahme
- Hohe fachliche Expertise, Multidisziplinarität
- Kind steht im Mittelpunkt
- Präventive Angebote

Häufige Anmeldegründe:

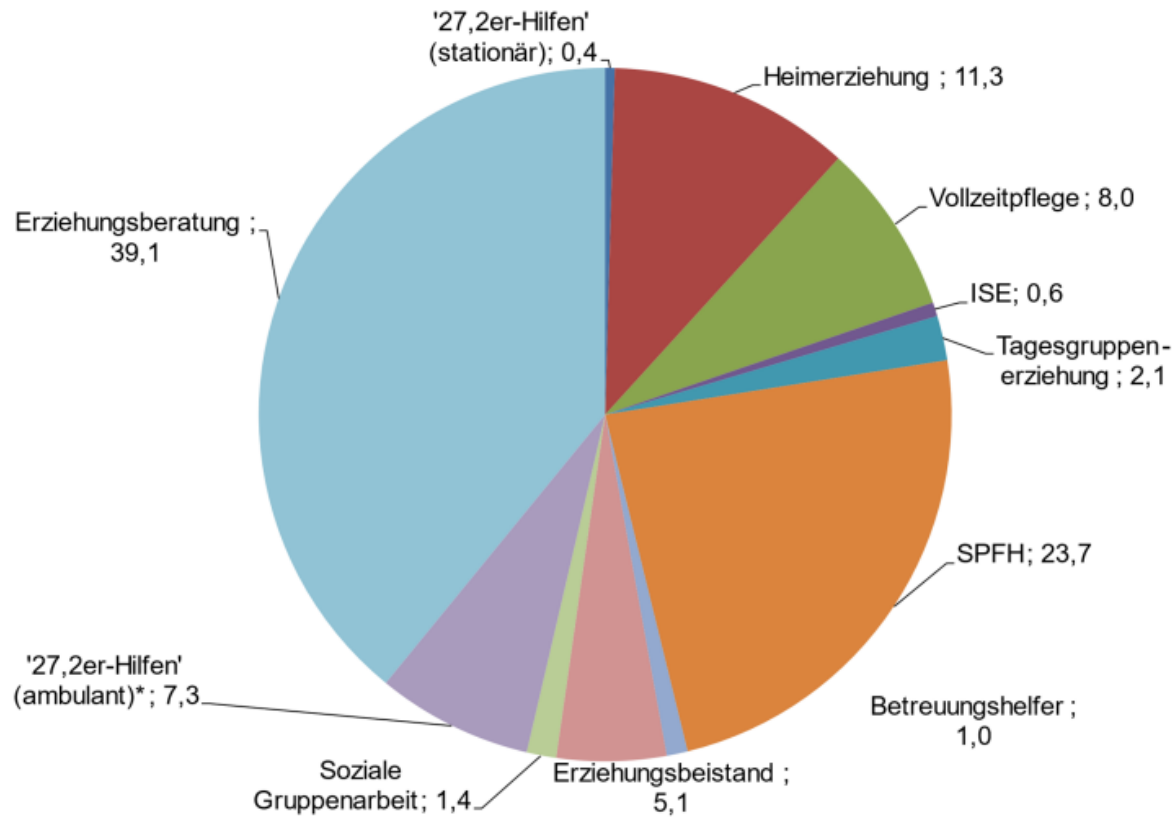
- Entwicklungs- und Verhaltensauffälligkeiten
- Erziehungsunsicherheit der Eltern oder eines Elternteils
- Beratung zum Umgang mit Kindern bei Trennung und Scheidung
- Belastung des Kindes oder Jugendlichen durch familiäre Konflikte
- Belastungen durch Problemlagen der Eltern (psychische Erkrankung, Sucht)

Ausgaben für Hilfen zur Erziehung (Länder, 2021, einschließlich der Hilfen für junge Volljährige, Angaben pro unter 21-jährigen)



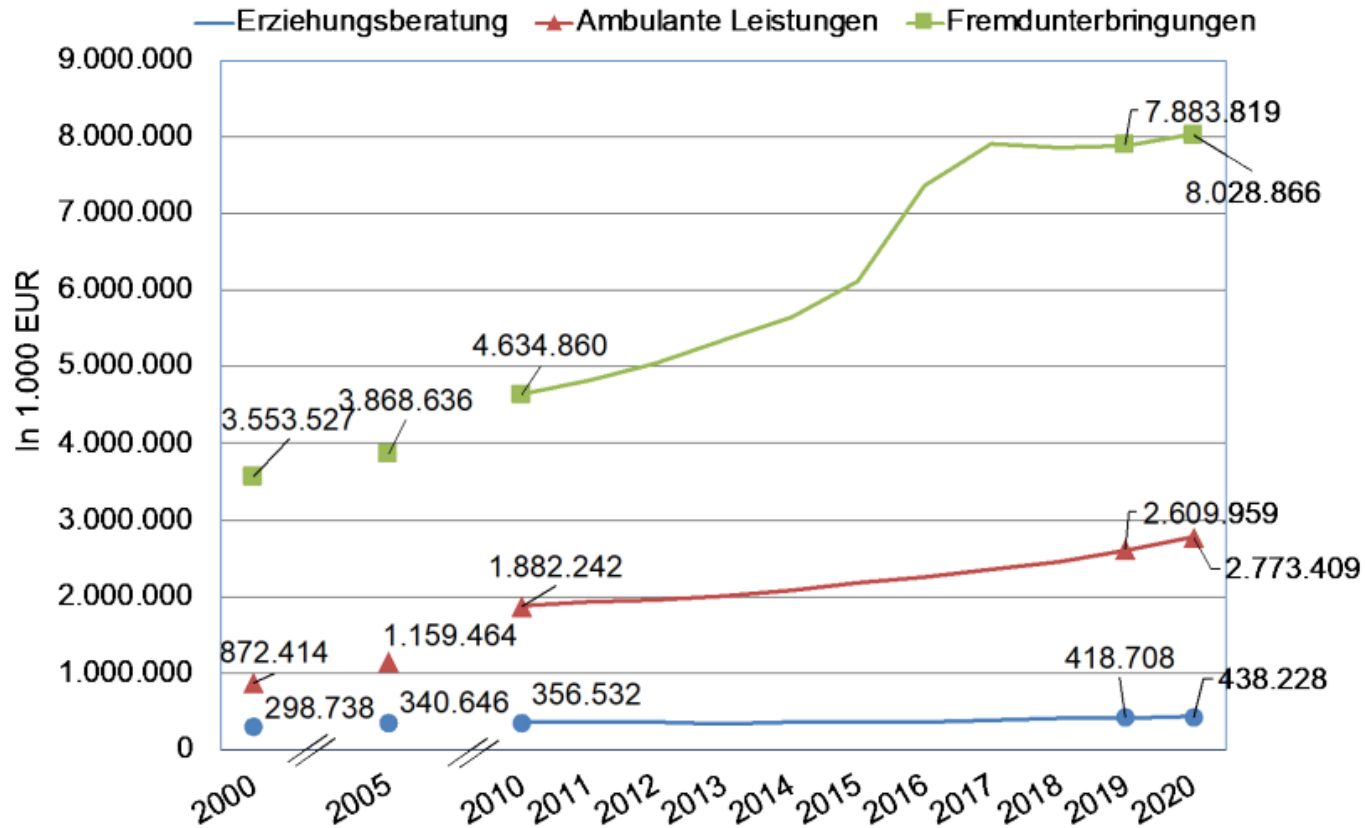
Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Ausgaben und Einnahmen 2021; Datenzusammenstellung und Berechnung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat)

Junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Hilfearten (Deutschland; 2020; Aufsummierung der am 31.12. andauernden und innerhalb des Jahres beendeten Leistungen; Anteil in %, N = 1.121.778)



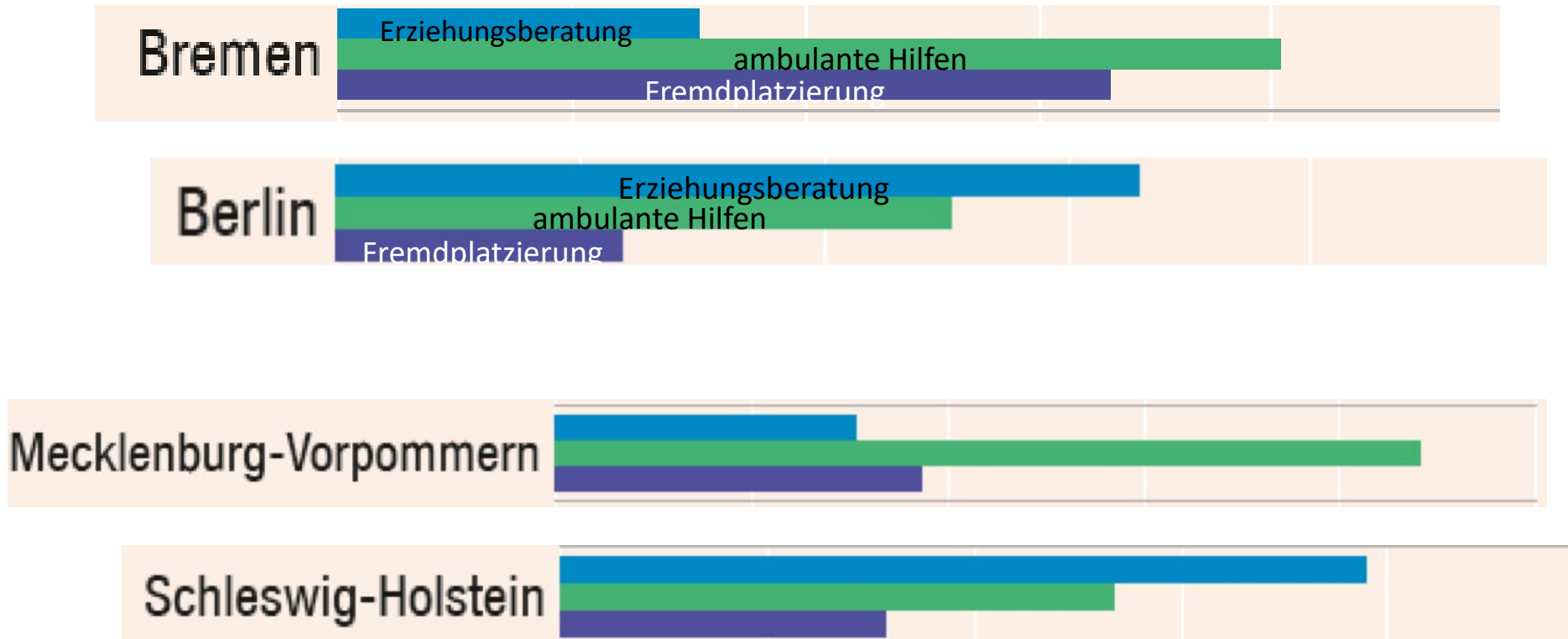
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige; 2020; Zusammenstellung und Berechnung AKJStat

Ausgaben für Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Leistungssegmenten (Deutschland; 2000 bis 2020; Angaben in 1.000 EUR)



Quelle: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) -Eckdaten zu aktuellen Entwicklungen in den Hilfen zur Erziehung 2022

Relation von Hilfen im Ländervergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe 2016

Bremen-Nord
Sozialzentrum Nord

Bremen-Süd
Sozialzentrum Süd

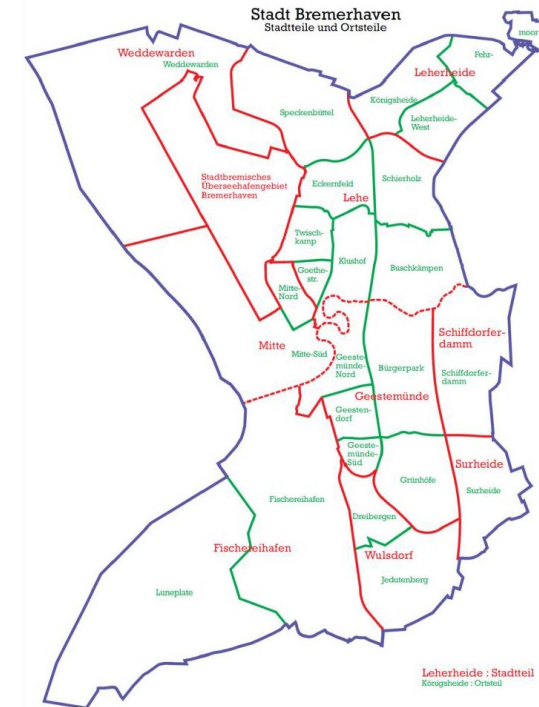


Bremen Mitte/West
Sozialzentrum Gröpelingen/Walle

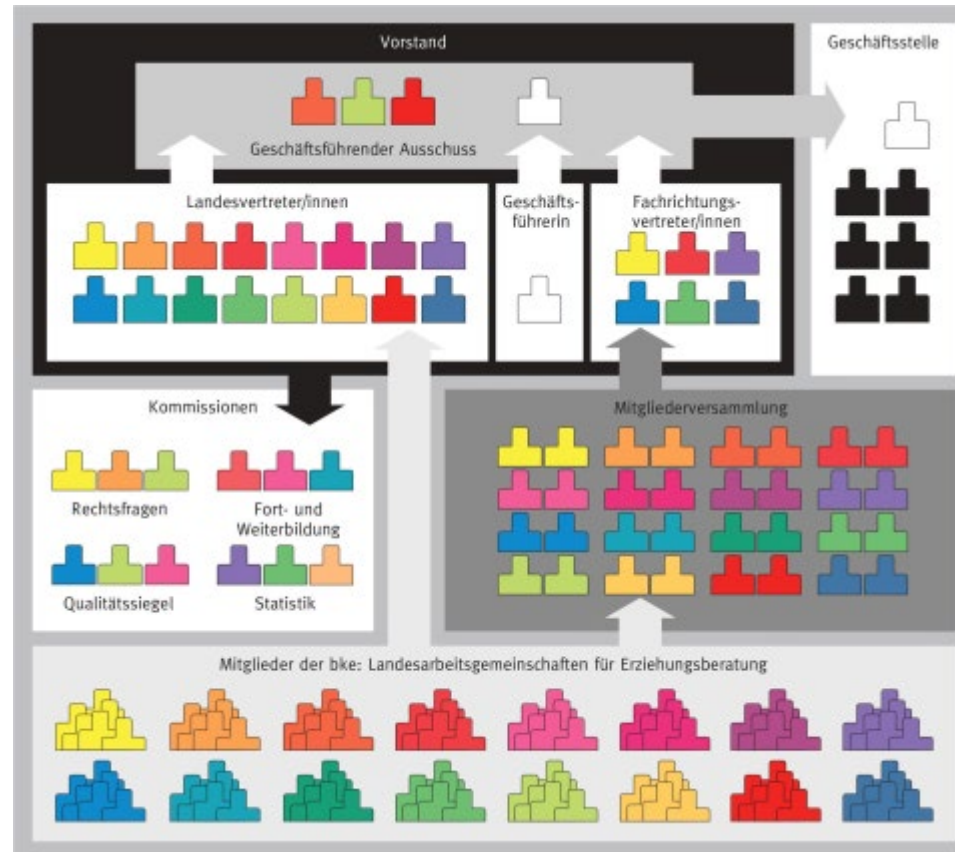
Bremen-Ost
Sozialzentrum Vahr/
Schwachhausen/
Horn-Lehe

Bremerhaven

Gesamtzuständigkeit der kommunalen Beratungsstelle
+ Evangelisches Beratungszentrum



Die Verbandsstruktur der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke)



Ohnmacht? Ermutigung!



Wissenschaftliche Jahrestagung Bremen 2024



Grußwort

Sehr geehrte Fachkräfte der Erziehungs- und Familienberatung, Sie kennen es sicher aus Ihrem beruflichen Alltag: Kinder, Jugendliche und Erwachsene, an denen die verschiedenen Krisen und Konflikte, die wir aktuell nicht nur bei uns in Europa erleben müssen, nicht spurlos vorbeigehen. Viele reagieren mit einem Gefühl der Hilflosigkeit und des Kontrollverlustes – ein großer Risikofaktor für die Entwicklung einhergehend mit der Gefahr, psychisch zu erkranken. Die Erziehungsberatungsstellen sind wichtige Anlaufstellen in der Kinder- und Jugendhilfe, um Familien bei der Bewältigung dieser und vieler weiterer Herausforderungen zu unterstützen und sie zu ermutigen, Hilfe anzunehmen. Wie wichtig das Angebot der Erziehungsberatungsstellen ist, zeigen auch die große Nachfrage und die teilweise langen Wartezeiten. Und genau dieser strukturellen und inhaltlichen Herausforderungen haben Sie als Fachkräfte leicht auch schon ohnmächtig gefühlt.



das Thema »Ohnmacht? Ermutigung!« der Wissenschaftlichen Jahrestagung 2024 der LAG Bremen gewählt. Denn es geht nicht nur auf der Ebene der Kinder und Jugendlichen, sondern auch auf den Einrichtungen selbst. Die Erziehungs- und Familienberatungsstellen spielen eine wichtige Rolle im Kinderschutzsystem, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Familien in der Arbeit, Soziales, Jugend und Integration. Ihre Anliegen, Familien und Integrationen zu befähigen und zu erleichtern. Ich danke Sie für Ihre engagierte und professionelle Arbeit. Es ist es wir unsere Bemühungen um die Entwicklung der Beratungsstellen zu verstärken müssen. Die Zusammenarbeit ist besser als Interventionen.



#MOIN

- 4 Schirmherrschaft
- 5 Grußwort
- 6 Das Programm
- 7 Vorwort
- 7 Bremen – Bremerhaven – Vorabendprogramm
- 12 Vorträge
- 15 Arbeitsgruppen M1-M19
- 19 Arbeitsgruppen D1-D19
- 31 Mittwoch, 25. 9.
- Donnerstag, 26. 9.
- 45 Aktuelle Stunde
- 46 Hochschule Bremen
- 47 Referentinnen und Referenten
- 51 Anmeldung
- 52 Impressum
- 53 Tagungsorte, Anfahrt, Unterkunft
- 54 Tagungsfest
- 56 Stadtplan

Ohnmacht? Ermutigung!

Wissenschaftliche Jahrestagung Bremen 2024

Mittwoch, 25. bis Freitag, 27. September

Vorbereitungsgruppe

- Thorsten Buchholz
- Swantje Büssenschütt
- Melanie Dotzauer
- Ini Friedrichs
- Nikolai Geils-Lindemann
- Bettina Itgen
- Herbert Junk
- Christiane Köhler
- Henryk Lorenz
- Levana Oesting
- Astrid Schwarz
- Elisabeth Seevers
- Felix Thiessen
- Mathiye Töngel
- in der Landesarbeitsgemeinschaft Erziehungs- und Familienberatung Bremen e.V.



Das Programm	Mittwoch 25. September	Donnerstag 26. September	Freitag 27. September	
Vorabendveranstaltung Beachten Sie bitte die Ankündigung der Vorabendveranstaltung am Dienstag, dem 24. September 2024 auf Seite 12!	9.15 Eröffnung	9.15 Prof. Dr. Sabine Wagenblass Psychische Erkrankungen in der Familie	9.15 Prof. Dr. Holger Ziegler Auswirkungen von Ohnmachtserfahrun- gen auf Gemeinsinn und Vertrauen bei Jugendlichen	
	10.30 Dr. Ben Furman Der lösungsfokussierte Ansatz als Werkzeug für Ermutigung und Hand- lungsfähigkeit	10.45 Dr. Areej Zindler Ohnmacht und Ermutigung bei geflüchteten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien	10.45 Dr. Nicole Strüber Erholung von der Ohnmacht Warum die Gehirne von Kindern und von Beratungsfachkräften Bindung und Mitein- ander brauchen, um stark und resilient zu sein	
	12.00 Dr. René Böhme Aufwachsen in Armut Anforderungen an die Beratung	12.00 Mittagspause	12.00 Mittagspause	12.00 Ende der Tagung
	13.00 Mittagspause	15.00– 18.00 Arbeitsgruppen	14.00– 17.00 Arbeitsgruppen	
	18.15– 19.00 Aktuelle Stunde			

Danke für die Aufmerksamkeit!

Herbert Junk, Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien Süd, Bremen

Thorsten Buchholz, Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien, Bremerhaven

Bremen, 05. Februar 2024

Stellungnahme

Die Gesellschafter der Jugendbildungsstätte LidiceHaus und des ServiceBureaus Jugendinformation schlagen Alarm!

Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Schilling,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte,

unter dem Brennglas der Corona-Pandemie wurden von Gesellschaft, Verbänden, Wissenschaft und den politisch Verantwortlichen Plädoyers für eine starke Kinder- und Jugendpolitik formuliert. Diese müssen nun ihre konsequente Umsetzung in der Förderpolitik und in den Zuwendungen finden. Diese Umsetzung benötigt eine gute fachliche und in den Haushaltsberatungen sowie in der haushaltslosen Zeit auch ausreichende monetäre Hinterlegung. Nur so kann eine den Aufgaben angemessen ausgestattete Ausführung des Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetzes geleistet werden. Vor diesem Hintergrund haben der Landesjugendhilfeausschuss und der Jugendhilfeausschuss Beschlüsse gefasst. Sie haben damit die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und den Haushaltsgesetzgeber darauf hingewiesen, dass eine Erhöhung der Haushaltsmittel für die außerschulische Jugendbildung um 20 Prozent ab Januar 2024 zwingend erforderlich ist (siehe Beschlüsse des JHA vom 08.11.2023 und des LJHA vom 23.11.2023).

Die aktuellen Haushaltsplanungen und eine haushaltslose Zeit in der ersten Jahreshälfte 2024 in Bremen bedeuten für das LidiceHaus, das ServiceBureau und den Gesellschafter Bremer Jugendring erhebliche Angebotskürzungen und Personaleinsparungen. Bei der Fortschreibung von Zuwendungen auf dem Niveau von 2023 sind die Kosten- und Tarifsteigerungen nicht zu kompensieren. Bisher wurde uns keine Perspektive oder Lösung eröffnet. Die politischen Debatten drehen sich im Kreis. Bei uns ist der Eindruck entstanden, dass nicht an einer Lösung (oder Zwischenlösung) gearbeitet wird.

Wie fließen die o.g. Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse in den Haushaltsdiskurs ein?
Oder spielen diese Beschlüsse politisch keine Rolle?

Nicht erst in einem halben Jahr, wir sind jetzt gezwungen, Angebote und Serviceleistungen einzuschränken und zu streichen. Alle Arbeitsfelder sind betroffen: politische Bildung, Demokratieförderung, Jugendleitercard, Medienpädagogik und internationale Jugendbegegnungsarbeit. Wenn von Ihnen nicht umgehend die Bedeutung der Kinder- und Jugendförderung und damit der außerschulischen Jugendbildung monetär hinterlegt wird, müssen wir Mitarbeiter*innen jetzt kündigen oder Kurzarbeit beantragen. Auf dem Rücken von teilhabe- und verantwortungsbewussten Kindern und Jugendlichen werden gesellschaftliche Krisen weiter verstärkt, statt ihnen zu begegnen. Auf dem Rücken der Freien Träger der Jugendhilfe und den Mitarbeiter*innen werden die Folgen der fehlenden Finanzierung abgeladen.

Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Schilling,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte,

unsere Mitarbeiter*innen müssen wir jetzt über die Lage und Konsequenzen informieren. Deshalb brauchen wir zeitnah kurzfristige Lösungsangebote für die haushaltslose Zeit in Bremen. Und wir brauchen eine langfristige Lösung für die Kompensation der Tarifsteigerungen sowie der gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten. Wir freuen uns auf Ihre Antwort und ein Gesprächsangebot ihrerseits.

Mit freundlichen Grüßen,

Für die Gesellschafter

Peter Krams (Deutsche Rote Kreuz (DRK), Kreisverband Bremen e.V.)

Sarah Ryglewski (Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Bremen e.V.)

Thomas Kaessler (Landessportbund (LSB) Bremen e.V.)

Klaus Krancke und Anders Beckmann
(Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Regionalgruppe Bremen und umzu)

Nikolai Goldschmidt (Bremer Jugendring e.V.)